

---

## **Bericht zum Workshop "Wissenschaft trifft Praxis - Methoden, Erfahrungen, Mehrwert" am 6.-7.5.2019 in Konstanz**

Autoren: Lorenz Neuberger & Florian Roth, Mitarbeit: Darja Ljubownikow & Sarah-Elisabeth Niedermaier

Die Aufnahme Asylsuchender stellte in den letzten Jahren sowohl Kommunalverwaltungen als auch zivilgesellschaftliche Akteure vor große Herausforderungen. Vielerorts wurden neue Lösungsansätze entwickelt, etablierte Strukturen und Prozesse verändert, und neue Kooperationsformen geschaffen. Damit einher ging ein Zuwachs an Forschungsprojekten in diesem Themenbereich. Vielerorts sind Forschende im Feld und interviewen Entscheidungsträger\*innen, Expert\*innen und Betroffene, analysieren Datenbestände und versuchen *good practices* zu identifizieren. Vom 6.-7. Mai fand in Konstanz ein zweitägiger Workshop statt, um diesbezügliche Forschungserfahrungen der letzten Jahre auszutauschen und kritisch zu diskutieren.

Die in dem vorliegenden Bericht verdichteten Ergebnisse des Workshops dienen als Grundlage für weitere Untersuchungen im Rahmen der BMBF-Förderlinie „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“. Neben dem Fokus auf empirische Forschungsmethoden wurde erarbeitet, wie sich Forschungsergebnisse in die Praxis überführen lassen. Hierzu lud das Gemeinschaftsprojekt *HybOrg* der Universität Konstanz, der LMU München, sowie der ETH Zürich Wissenschaftler\*innen unterschiedlicher Fachrichtungen, sowie Praktiker\*innen aus der Verwaltung und Zivilgesellschaft ein: Der Workshop diente der Vernetzung der unterschiedlichen Forschungsprojekte im Themenbereich Asyl auf lokaler Ebene, sowie dem Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Im Fokus stand unter anderem der Austausch zur Durchführung von Expert\*innen-Interviews, wie sie im Rahmen unterschiedlicher Forschungsvorhaben gegenwärtig stattfinden bzw. geplant sind. Hier sollte der Workshop der Identifikation von Erfolgsfaktoren dieser Forschungsmethode und dem Austausch relevanter Erfahrungen dienen. Zudem sollte unter Einbezug von Vertreter\*innen aus der Praxis diskutiert werden, wie die zu erwartenden Forschungsergebnisse in Handreichungen und Handlungsempfehlungen transferiert werden können, so dass sie einen möglichst großen praktischen Mehrwert bieten.

### **Einführender Beitrag**

Der Workshop begann mit einem einführenden Beitrag von **Hans-Peter Rothardt**, Leiter des [Amtes für Flüchtlingsaufnahme und Integration im Landratsamt Emmendingen](#). Unter dem Titel «2015 – Ein Stresstest für flexibles Verwaltungshandeln in Baden-Württemberg» berichtete dieser von den Herausforderungen des Anstiegs der Zugangszahlen Asylsuchender nach Baden-Württemberg aus Perspektive der Verwaltung: Zweifelsohne stellte der Zuwachs

um das Jahr 2015 herum enorme Verwaltungsakte dar – beispielsweise im Bereich der kurz- sowie auch langfristigen Unterbringung<sup>1</sup>, die mit früheren Situationen kaum zu vergleichen waren. Die gesamte Verwaltung des Landes Baden-Württemberg hatte in diesem historischen Moment von ihrer Spitze die Anweisung bekommen, diese Aufgabe „koste es was es wolle“ zu bewältigen und „bloß nicht zu scheitern“ – sich diesen Herausforderungen gegenüber also möglichst flexibel zu zeigen. Dies ging vielerorts u.a. mit einer Reorganisation der Ämter und Referate in den Landratsämtern einher<sup>2</sup>. Als Rückblick war es Rothardt wichtig zu erwähnen, dass das Flüchtlingsaufnahmegesetz Baden-Württembergs 2013 zwar „sozialer gemacht“ wurde. Allerdings war es darin nicht explizit vorgesehen, Ehrenamtliche miteinzubeziehen. Die einzige Erwähnung der Zivilgesellschaft fand/findet sich in §12: „Mitwirkung durch Dritte kann unterstützend einbezogen werden“. Partizipation oder hybride Organisationsformen waren demzufolge kein ausdrücklicher Teil des Asylwesens auf Länderebene.

Nichtsdestotrotz gab es in der Praxis viele Ehrenamtliche, die unterstützend mitwirken wollten. Dies trug wiederum teilweise zur weiteren Überforderung der Verwaltungen bei: Sie waren primär mit anderen Aufgaben betraut, als sich darum zu kümmern, die Ehrenamtlichen zu koordinieren<sup>3</sup>. Folglich (und abhängig von der Motivation der Ehrenamtlichen) gab es auch Schwierigkeiten bei der Koordination durch die Verwaltungsakteure. In diesem Zusammenhang wies der Referent darauf hin, dass Verwaltungen stets „das gesamte Bild sehen müssen“, während sich viele Ehrenamtliche vor allem für einzelne persönliche Kontakte einsetzen. Für die Forschung in diesem Bereich gab er daher den Ratschlag, die individuelle Motivation der Ehrenamtlichen bei Befragungen und Auswertungen ausreichend zu beachten. Im gesamten Bild wiederum konstatierte er, dass der Integrationsprozess beidseitig geschehen müsse: Integration muss sowohl von der Gesellschaft als auch vonseiten der Neuzugewanderten erwünscht sein. Dass die Zivilgesellschaft bei vielen

---

<sup>1</sup> Die Unterbringung und Erstversorgung Asylsuchender sind in Deutschland Ländersache; das BAMF ist jedoch zentral verantwortlich für die Statusermittlung. Laut dem Referenten wäre es aus Ländersicht vorteilhaft, wenn der Bund mehr Verantwortung hätte. Vor allem die Verteilung der Geflüchteten über den Bund benannte er als eine gute Lösung, da ansonsten die Unterschiede zwischen den Ländern zu hoch wären.

<sup>2</sup> Im Landkreis Konstanz wurde beispielsweise eine Strukturanalyse durchgeführt, um Prozesse zu optimieren – dementsprechend wurden Stellen und Ämter zusammengelegt. Generell galt, dass die Verwaltung einerseits zwar überall sehr flexibel sein musste und meist auch konnte, aber andererseits mit größerer Flexibilität auch eine offenere Auslegung von Recht und Gesetz in Kauf genommen werden musste. Diese wiederum mussten die jeweiligen lokalen Verwaltungsspitzen verantworten. Sie konnten die Spielräume ihrer Mitarbeiter\*innen großzügiger oder weniger großzügig ausgestalten.

<sup>3</sup> Um Ehrenamtliche zu koordinieren und zu entlasten, wurden im Rahmen des Pakts für Integration aus Landesgeldern auf kommunaler Ebene inzwischen sogenannte Integrationsmanager\*innen eingesetzt. Dies hat laut Hans-Peter Rothardt jedoch teilweise zu Irritationen auf Seiten der Ehrenamtlichen geführt, da diese das Gefühl hatten, „ihnen würde die Arbeit weggenommen“. vielerorts kamen mangels besserer Kommunikation wohl Missverständnisse auf, weshalb viele Ehrenamtliche ihr Engagement in diesem Bereich reduzierten oder sogar ganz aufhörten.

integrationsrelevanten Prozessen ab 2015 jedoch nicht oder kaum miteinbezogen wurde, ließe sich durch die krisenhafte Situation erklären – man konnte und wollte sich nicht damit auseinandersetzen; musste sich „auf das Ganze konzentrieren“ und hatte somit kaum Zeit, darüber nachzudenken.

**Themenblock 1: «Fallauswahl und Feldzugang»:** *Welche Erfahrungen (Dos and Don'ts) gibt es in der Vorbereitung empirischer Untersuchungen zum Verwaltungshandeln und zivilgesellschaftlichen Engagement im Asylbereich auf kommunaler Ebene? Wie identifiziere ich interessante Fälle und Interviewpartner\*innen für empirische Untersuchungen? Wie gewinne ich die Bereitschaft von Behördenvertreter\*innen und anderen Expert\*innen zur Mitwirkung an Forschungsprojekten?*

Im Rahmen dieses ersten forschungsbezogenen Themenblocks berichtete **Christin Younso** von den Erfahrungen zweier (u.a.) an der Universität Hildesheim angesiedelter Forschungsprojekte: [«Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen»](#) und [«Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land»](#). Im Rahmen dieser wurden eine Vielzahl an Interviews mit der Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Geflüchteten durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden die «harten» und «weichen» Kriterien vorgestellt, die für die Fallauswahl des Projekts relevant waren<sup>4</sup>. Die u. s. Karte zeigt die Untersuchungsregionen des ersten Projekts. Auf die Auswahl der Kommunen folgte die Identifikation von Schlüsselpersonen im jeweiligen lokalen oder regionalen Kontext: Wer traf oder trifft welche Entscheidung(en)? Die Kontaktaufnahme erfolgte im Projekt «Zukunft für Geflüchtete» zunächst telefonisch und anschließend schriftlich an die Landräte der ausgewählten Landkreise. Im «Zwei Welten?» Projekt erfolgte die Kontaktaufnahme schriftlich, wobei in den meisten Fällen eine telefonische Kontaktaufnahme nachgeschaltet wurde. Daraufhin galt es, bei Erstbesuchen in den jeweiligen ausgewählten Kommunen, Hintergrundgespräche zu führen; u.a., um den Unterstützungsbedarf (zeitlicher Aufwand) und die wechselseitigen

---

<sup>4</sup> Unter die «harten» Kriterien fiel die Unterscheidung zwischen urbanen und ländlichen Räumen und einer starken oder schwachen sozioökonomischen Lage, orientiert am «Landatlas» des Thünen-Instituts (<https://www.landatlas.de/>). Weitere ausschlaggebende Kriterien waren die Verwaltungsformen, die Größe (Fläche), Einwohnerzahl, Siedlungsdichte, und Wanderungssaldos der jeweiligen Kommunen. Zu den «weichen» Kriterien zählten die parteipolitische Zugehörigkeit der politisch Verantwortlichen, die Anzahl (noch ansässiger) anerkannte Geflüchteter vor Ort, sowie der größere kommunale Kontext. Anhand dieser Kriterien wurde die «Wunsch- Fallauswahl» getroffen und bei Bedarf im Verlauf des Auswahlprozesses angepasst. Als eine große Herausforderung bei der Fallauswahl nannte Christin Younso die «Best-Practice Falle»: Forschende mit einem Anspruch an Vergleichbarkeit oder gar Repräsentativität sollten sich nicht immer nur an den „Großen“ / „Besten“ orientieren.






Angebote zu verdeutlichen. Insbesondere für die Durchführung und das Gelingen von Telefoninterviews musste teils etliche Male vor dem Interviewtermin Kontakt aufgebaut werden, um bspw. Details abzuklären und Vertrauen aufzubauen. Besondere Hindernisse beim Zugang ergaben sich u.a. durch die Anzahl der Anfragen von weiteren Forschungsprojekten, anstehende Kommunalwahlen, sowie Bedenken bzgl. Wirkung in die Öffentlichkeit bei Teilnahme. Auch erhöhte sich die Komplexität für die Forschenden, wenn sich die gesetzliche Lage während des Befragungszeitraumes änderte.



Daraufhin berichtete **Alexandra Neumann** von ihrem aktuellen Forschungsprojekt an der Universität Leipzig: [«Die Kommunen als politische Gestalter in der Asylpolitik. Vergleichende Analyse für die sächsischen Großstädte Leipzig und Dresden»<sup>5</sup>](#), ausgehend von der

<sup>5</sup> Die Fallauswahl des Forschungsprojekts konzentriert sich auf große Städte (mit tendenziell professionelleren Verwaltungsstrukturen), wobei auch die Parteipolitik ausschlaggebendes Kriterium war. Insbesondere identifizierte sie eine Forschungslücke in großen Teilen Ostdeutschlands, welche sich teilweise durch eine hohe *non-response* Rate erklären lässt. Der Fokus auf zwei Fälle innerhalb eines Bundeslandes («most similar cases design») erlaubt es, die Varianzen gering zu halten und somit eine größere Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Des Weiteren erlaubte es der lange Zeitraum der Untersuchung (2004-2017), sowohl «Stressphasen» als auch Phasen geringen Handlungsdrucks zu untersuchen. Dabei konnte u.a. herausgearbeitet werden, inwiefern eine Reaktivierung vorab existenter Strukturen und Wissensbestände möglich war.

Forschungsfrage: *Welche Faktoren beeinflussen, dass Kommunen unterschiedliche Wege in der Asylpolitik einschlagen, obwohl die rechtlichen Vorgaben dieselben sind?* Für den Feldzugang ergänzte sie die Wichtigkeit von Sympathien und von Kontaktpflege (siehe u. s. Tabelle), sowie einer einfachen Sprache. Schriftliche Anfragen per Brief und E-Mail sollten mit einem Empfehlungsschreiben, sowie einem Sicherheitskonzept (Versicherung über die Verwendung der Daten auf Basis der Datenschutzgrundverordnung) ergänzt werden. Sowohl bei diesen als auch beim telefonischen Nachhaken gälte es, den Mehrwert für die Verwaltung und den geringen Aufwand für Mitarbeiter\*innen zu betonen, sowie ggf. auf die Zusagen anderer Kommunen zu verweisen. Hilfreich sei es, das Interesse an übergeordneten Prozessen (anstatt am Einzelfall) zu bekunden. Sollte es trotz all dieser Maßnahmen und Vorkehrungen keine Reaktion geben, wurde in der Diskussion ergänzend die Anfrage über Stadtratsfraktionen (bzw. notfalls über auf Bundestags- oder Landtagsabgeordneten-Ebene) als Option genannt.

Stadt Leipzig	Landeshauptstadt Dresden
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bestehender Kontakt seit 2015 → regelmäßige Kontaktpflege</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Verbindung in die Stadtverwaltung → gestaffelte Kontaktaufnahme</li> </ul>
 <ul style="list-style-type: none"> <li>Wiederaufnahme Scanarbeiten: <i>Referat für Migration und Integration</i> (04/2019)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Integrationsbeauftragte</i> (06/2018) <ul style="list-style-type: none"> <li>wöchentliche Datenerhebung seit 08/2018</li> </ul> </li> </ul> 
<ul style="list-style-type: none"> <li>Positive Haltung der Mitarbeiter*innen zum Projekt <ul style="list-style-type: none"> <li>Dokumente für mich „gerettet“</li> <li>Unterstützung bei Recherche</li> <li>Bereitschaft zur Kontaktvermittlung</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Sozialbürgermeisterin (<i>Zugang Sozialamt</i>, 10/2018) <ul style="list-style-type: none"> <li>Absage Dokumenteinsicht</li> <li>Aber: Gesprächsbereitschaft des Sozialamts</li> <li>1. Hintergrundgespräch: 06/2019</li> </ul> </li> </ul> 
 <ul style="list-style-type: none"> <li>Kontaktaufnahme <i>Ausländerbehörde und Sozialamt</i> in Arbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erster Bürgermeister (<i>Zugang ABH</i>, 01/2019) <ul style="list-style-type: none"> <li>Zusendung Fragenkomplexe → Absage Dokumenteneinsicht</li> <li>keine Bereitschaft zur Unterstützung</li> </ul> </li> </ul> 

Quelle: Alexandra Neumann

**Themenblock 2: «Durchführung von Interviews und anderen Untersuchungsformen»:** *Was sind die richtigen Fragen in Interviews? Welche Untersuchungsformen neben Interviews lohnen sich noch? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich jeweils? Was gilt es bei verschiedenen Interviewpartner\*innen zu bedenken? Welcher Interviewtypus eignet sich (strukturiert, semi-strukturiert, nicht-strukturiert – offene vs. geschlossene Ja-Nein Fragen)?*

Hierzu lieferte **Wolfgang Seibel** einen Überblick über Methoden zur Durchführung von Fallstudien, Interviews und Inhaltsanalysen: Nach Möglichkeit sollten immer mehrere Quellen herangezogen werden, um ausgewogene Bilder zu erhalten. Unabhängig der gewählten Untersuchungsmethode gelten Objektivität, Validität und Reliabilität als zentrale Gütekriterien. Der Referent betonte den Unterschied zwischen der Abfrage sachlicher Abläufe

oder Informationen – und persönlichen Einstellungen. Bei der Erhebung von Bedeutungen gäbe es dabei unterschiedliche Schwerpunkte bei unterschiedlichen Techniken – die klassische Inhaltsanalyse zählt bspw. die Häufigkeit eines Begriffs in gewissen Texten.



Quelle: HybOrg Projekt

Gerade bei Interviews gehe es v.a. um eine Interpretation, also nicht nur um das Verstehen des Gesagten, sondern auch um dessen Kontext, Bedeutung und Signifikanz. Zur Vorbereitung von Interviews sollten die abzufragenden Informationen daher priorisiert, sowie Schlüsselpersonen aus den jeweiligen Zielgruppen identifiziert werden. Die Fragen an sich sollten so konstruiert werden, dass sie weder drohend noch trivial, dafür aber stets so klar formuliert<sup>6</sup> und neutral wie möglich sind, um die Antworten nicht zu beeinflussen. Während der Interviewplan möglichst flexibel aber einhaltbar sein sollte, gälte es, die Interview-Partner\*innen über die grundlegende Idee und Struktur des Interviews zu informieren. Dazu sei es hilfreich, vorab ein paar generelle Fragen zu versenden. Anfangs sollte nochmals über den generellen Ablauf und Zweck des Interviews informiert werden. Nach dem Interview sollten alle Notizen direkt festgehalten werden. Die Antworten müssen daraufhin akkurat und konsistent kodiert werden, wobei Forschende sich dessen bewusst sein müssen, dass die diese

<sup>6</sup> Eine gute Vorbereitung bedeutet auch, keine Fragen zu stellen, die auch anderswo (in Dokumenten etc.) beantwortet werden können. Eine große Herausforderung liegt auch darin, dass gewisse Fachtermini im Verwaltungsalltag nicht genutzt oder verstanden werden und sich die Interviewpartner\*innen somit unter Druck gesetzt fühlen oder zumindest Verwirrung entsteht. Dieses Problem ließe sich dadurch lösen, die Fragen an die alltägliche Arbeitssituation anzupassen (z.B. «wie tauschen Sie sich mit Kollegen aus?», «Sie haben ja jetzt mehr Fälle, wie handhaben sie das?», «Wie läuft bei Ihnen die Übergabe von Aufgaben zwischen Verantwortlichen?», «Wenn ein Problemfeld mehrere Jahre existiert, dann ist ja wichtig, dass man das Ausscheiden von Mitarbeitern organisiert...» anstatt bspw. Fragen nach dem «Wissensmanagement»; Fragen nach hypothetischen Situationen, um abzufragen wie Entscheidungen getroffen werden). Generell ist es hilfreich, bereits im Vorfeld im Rahmen von Pretests Gespräche mit Expert\*innen zu führen, um die Interviewfragen möglichst klar und verständlich zu formulieren: Was bedeuten gewisse Konzepte für die Interview-partner\*innen und wie lassen sich diese Konzepte in verständliche Fragen transferieren? Es empfiehlt sich, mit einfachen Fragen zu beginnen und immer nur eine Frage auf einmal zu stellen. Auch gilt es, Stereotypen oder Vorurteile («Sie können doch bestimmt bestätigen...», «es war doch so, dass...») zu vermeiden. Nach jedem Abschnitt kann es von Vorteil sein, die die Ergebnisse zusammenzufassen («ich habe das so verstanden, dass...»). Sollten gewisse Aussagen nur «off record» getroffen werden, muss gewährleistet werden, dass nicht rekonstruierbar ist, von wem die Informationen kommen. Am Ende kann gefragt werden, ob die Interview-Partner\*innen noch andere mögliche Personen für ein Folgeinterview kennen, sowie ob eine Rückmeldung für ein etwaiges follow-up denkbar wäre.

nicht notwendigerweise objektiv sein müssen. Den Interviewpartner\*innen sollten die Antworten vor der Veröffentlichung nochmal zugesandt werden, um Missverständnisse und sachliche Fehler zu vermeiden.

Im Anschluss an diese allgemeinen Ausführungen berichtete **Patricia Nabuco Martuscelli** von ihren Erfahrungen<sup>7</sup> im Forschungsprojekt [«The Family Reunification of Refugees in Brazil»](#). Um die Implementierung der Familienzusammenführung<sup>8</sup> in Brasilien zu untersuchen, führte sie in São Paulo Interviews mit Schlüsselpersonen aus der Geflüchteten-Bevölkerung, NGOs und Verwaltungen. Zur Ergänzung ihres «Schneeball»-Feldzugangs nutzte sie auch soziale Netzwerke wie Facebook und WhatsApp. Laut ihr gilt es gerade in diesem Themenkomplex, ethische Überlegungen mit in die Interviewplanung miteinzubeziehen. Bei der Frage, wo die Interviews durchgeführt werden sollen, müssen Kosten und Zeit für die Interviewpartner\*innen berücksichtigt werden. Des Weiteren stellt sich gerade bei Neuzugewanderten die Frage, in welcher Sprache die Interviews geführt werden sollen. Zum Aufbau einer Vertrauensbeziehung könne es u.a. auch hilfreich sein, keine Aufzeichnungen zu machen, wenn dies von den Befragten gewünscht wird. «Do no harm» Forschung könne in diesem Kontext auch oft bedeuten, Erwartungen managen zu müssen (z.B. klarzustellen, dass Interviews kaum zur Änderung der Politik beitragen). Im Austausch können Forschende versuchen, den Befragten durch die Bereitstellung wertvoller Informationen hilfreich zu sein (z.B. durch die Weitervermittlung an kompetente Stellen, die in gewissen Lebenslagen helfen

## DOING NO HARM RESEARCH

- **Confidentiality: how to protect it? (Transcribing and Translating);**
- **Feedback to the interviewees and managing expectations;**
- **Providing good information (a bad information is worse than no information);**
- **Our role as researchers/activists/social workers;**
- **Review of our privileges, interests, objectives;**

Quelle: Patricia Nabuco Martuscelli

---

<sup>7</sup> Zuvor hatte sie auch in den USA zur Aufnahme schutzsuchender Minderjähriger geforscht, wobei sie aufgrund des sehr restriktiven und repressiven Umfelds kaum an Informationen kam und ihre Forschungsagenda folglich noch einmal komplett ändern musste.

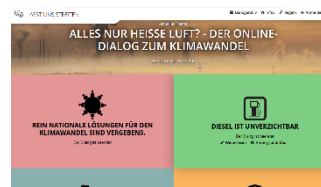
<sup>8</sup> Familienzusammenführungen gelten überall als wesentlicher Faktor für eine gelingende Integration: Um die Sprache zu lernen, zu arbeiten, und so das Leben wiederaufzubauen, ist die Anwesenheit der Familie unabdingbar. Bleiben Familien getrennt, schicken viele ihr Geld zurück (oder verschulden sich sogar), anstatt es zu investieren, um sich selber besser zu integrieren zu sein, schlafen nicht gut, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit an psychischen Erkrankungen zu leiden, usw.

können). Generell gälte es in diesem Forschungsbereich insbesondere, die eigenen Privilegien, Interessen und Ziele deutlich vor Augen zu haben und explizit zu machen.

**Themenblock 3: «Auswertung, Transfer und weitere Herausforderungen»:** *Wie bekomme ich die wichtigsten Lektionen aus dem generierten Datenmaterial heraus? Wie kann beispielsweise sichergestellt werden, dass neu gewonnenes Erfahrungswissen der Verwaltungsmitarbeiter\*innen und Ehrenamtlichen nicht verloren geht? Wie können Forschungsergebnisse praxistauglich aufbereitet werden und in verwaltungsinterne Lernprozesse rückfließen? Welche forschungsethischen Voraussetzungen gilt es zu erfüllen?*

In diesem dritten und letzten Themenblock berichteten zunächst **Ulrike Schumacher** und **David Gäbel** von der TU Dresden über ihr aktuelles Forschungsprojekt: [«Krisen-Dialog-Zukunft»](#), in dem sie das Format der Bürgerdialoge in sächsischen Kommunen in den Blick nehmen. Eine Befragung sächsischer Kommunen erfolgte mithilfe eines kurzen Surveys postalisch, des Weiteren wurden qualitative strukturierte Experteninterviews mit Moderator\*innen kommunaler «Asyldialoge» durchgeführt. Diese Befragungsmethoden wurden ergänzt durch die deskriptive Auswertung von Online-Dialogen, sowie durch die Beobachtung und anschließende Online-Befragung der Teilnehmer\*innen von sogenannten «Bürgerwerkstätten». Diese Erhebungen werden in einem regelmäßigen Austausch mit den Projektpartnern validiert. Auch vielversprechende Transfer-Ansätze wurden vorgestellt: So werden Praktiker\*innen anhand eines Evaluationsberichts, eines Moderationsworkshops und eines öffentlichen Kolloquiums in die gemeinsame Erarbeitung von Handlungsempfehlungen eingebunden. Auf Basis dessen folgt ein Weiterbildungsseminar für Verwaltungsmitarbeiter\*innen, sowie eine für Praktiker\*innen ausgerichtete Projektkonferenz mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Ein Sammelband zum Thema «Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten» beinhaltet einen Überblick über das Format solcher Dialoge, ihre potentielle Wirkung<sup>9</sup>, sowie konkrete Praxisbeispiele. Ebenso

Bürgerdialog  
in Großenhain



Startseite des  
Online-Dialogs der  
SLpB

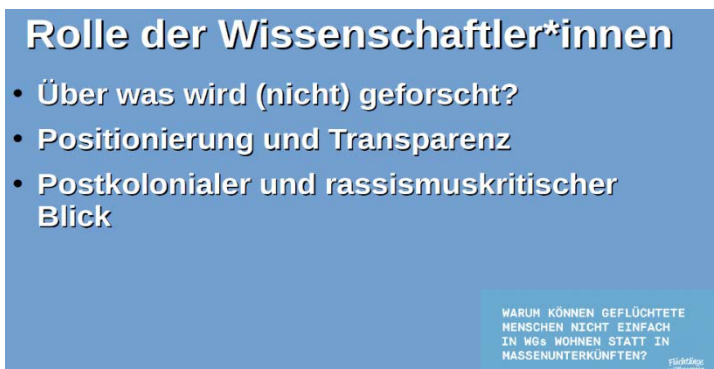
<sup>9</sup> Hier kam die Frage nach der Messbarkeit des Erfolgs solcher Dialoge auf: Je nach der Definition von «Erfolg» können dabei unterschiedliche Ebenen in den Blick genommen werden, z.B.: Wurden die von den Auftraggeber\*innen gesetzten Ziele erreicht? Wurden die Bürger\*innen aktiv in Entscheidungen miteinbezogen oder sollte es nur darum gehen, sie über die gegebenen Strukturen (z.B. in der Aufnahme Asylsuchender) zu informieren und damit auf teilweise emotionalisierte Stimmungslagen einzuwirken? Wurden die Moderator\*innen ihren persönlichen Ansprüchen gerecht? Inwieweit ermöglichten sie politische Bildung, z.B. zum Gemeinwohl, Bürger- oder Menschenrechten?



im Sinne des Transfers werden die Forschungsergebnisse beispielsweise bei der «Langen Nacht der Wissenschaften» präsentiert.

Den inhaltlichen Teil des Workshops schloss **Julian Staiger** als Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft. Zuvor beim [Flüchtlingsrat Baden-Württemberg](#) angestellt, arbeitet er inzwischen in Berlin bei dem Projekt [«Flüchtlinge willkommen»](#). Aus dieser Perspektive listete er einige *Do's* und *Don'ts* in Hinblick auf die Konzeption und Durchführung von Forschungsprojekten in diesem Bereich auf. So würde zu selten nach der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Geflüchteten selber gefragt, wofür beispielsweise ein Beratungsbeirat eine Lösung sein könnte. Generell gäbe es viele Anfragen an zivilgesellschaftliche Initiativen, in denen vorausgesetzt wird, dass diese die Ressourcen hätten, um diese nebenbei beantworten zu können. Das ist aber häufig gerade im Non-Profit Sektor nicht möglich. Grundsätzlich wünschten sich in diesem Bereich aktive Menschen vonseiten der Wissenschaft eine stärkere Sensibilität für das Thema und insbesondere einen sensiblen Umgang mit den Geflüchteten (siehe dazu auch den obigen Beitrag von Martuscelli).

Um den Transfer und die Rückkopplung an die Lebensrealität der Befragten zu gewährleisten, sollte des Weiteren in Betracht gezogen werden, Publikationen in mehreren Sprachen zugänglich zu machen. Auch die Länge der Veröffentlichungen müsse beachtet werden, da kaum jemand die Zeit für die Studie langer Forschungsberichte aufbringen könne. Insgesamt sei es wichtig, dass die Wissenschaft auch die „Finger in die Wunden“ läge, indem gewisse Phänomene belastbar belegt werden, da die durch sie generierte Öffentlichkeit wichtig für eventuelle politische Argumentationen sein könne. In diesem Kontext führte Julian Staiger auch aus, über welche Themen (bewusst) nicht geforscht wird<sup>10</sup>. Zuletzt wünschte sich der Referent einen gewissenhafteren postkolonialen und rassismuskritischen Blick – in Anbetracht dessen, dass Forschende nie frei von den äußeren Kontexten arbeiten können.



### Rolle der Wissenschaftler\*innen

- Über was wird (nicht) geforscht?
- Positionierung und Transparenz
- Postkolonialer und rassismuskritischer Blick

WARUM KÖNNEN GEFLÜCHTETE MENSCHEN NICHT EINFACH IN WG'S WOHNEN STATT IN MASSENUNTERKÜNFEN?  
Flüchtlinge willkommen

Quelle: Julian Staiger

<sup>10</sup> Beispielsweise gäbe es aktuell einerseits viele Projekte zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter, jedoch keine Fragen zu den Auswirkungen von Abschiebungen für die Betroffenen, zu etwaigen Hürden oder zum Beschwerdemanagement in der Verwaltung.



Quelle: Florian Roth

Ein besonderer Dank für diesen spannenden Workshop gilt den beteiligten Forschenden, ihren jeweiligen Projekten, sowie den Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft und Verwaltungs-Praxis:

- ❖ [Amt für Flüchtlingsaufnahme und Integration, Landratsamt Emmendingen](#): Hans-Peter Rothardt
- ❖ [Amt für Migration und Integration, Landratsamt Konstanz](#): Daniel Hepfer
- ❖ [„Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen“](#) und [„Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land“](#): Christin Younso
- ❖ [„Die Kommunen als politische Gestalter in der Asylpolitik. Vergleichende Analyse für die sächsischen Großstädte Leipzig und Dresden“](#): Alexandra Neumann
- ❖ [„Entstehung und gesellschaftliche Wirkung hybrider Organisationen im lokalen Krisenmanagement \(HybOrg\)“](#): Lorenz Neuberger, Florian Roth, Alexa Lenz, Wolfgang Seibel, Darja Ljubownikow, Sarah-Elisabeth Niedermaier und Laurin Friedrich
- ❖ [„The Family Reunification of Refugees in Brazil“](#): Patrícia Nabuco Martuscelli
- ❖ [„Krisen-Dialog-Zukunft“](#): Ulrike Schumacher und David Gaebel
- ❖ [„Flüchtlinge willkommen“](#): Julian Staiger
- ❖ [„FUGATUS – Flüchtlingsgovernance und Wissenstransfer“](#): Jana Pöhler
- ❖ [„WAKE – Migrationsbezogenes Wissensmanagement für den Bevölkerungsschutz der Zukunft“](#): Celia Norf und Petra Tiller
- ❖ [Universität Konstanz, AG Corporate Social Responsibility](#): Sebastian Koos